

ver.di-Aktionstag

Demonstranten fordern KWK-Ausbau

[09.10.2014] Beim gestrigen Aktionstag der Gewerkschaft ver.di demonstrierten alleine in Duisburg rund 2.500 Menschen gegen die Energiepolitik der Bundesregierung.

In ganz Deutschland demonstrierten gestern Mitarbeiter von Stadtwerken, Vertreter der Gewerkschaft ver.di, der Kommunen sowie von Verbänden für den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Energiewirtschaft. Zu dem Aktionstag hatte die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di aufgerufen (19920+wir berichteten). Allein in Duisburg gingen nach Angaben der dortigen Stadtwerke rund 2.500 Menschen auf die Straße. Die Demonstranten forderten den Erhalt von konventionellen Kraftwerken und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung.

Bei einer Kundgebung in der Duisburger Innenstadt sagte Marcus Wittig, Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Duisburg: „Für eine verlässliche Energieversorgung in Deutschland sind konventionelle Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung, die gleichzeitig Strom und Wärme produzieren, unverzichtbar.“ Die aktuelle Energiepolitik der Bundesregierung schaffe jedoch für die Betreiber entsprechender Anlagen eine wirtschaftliche Situation, die dramatisch sei. Wittig: „Auch wir als Stadtwerke Duisburg sind nicht mehr in der Lage, unsere Kraftwerke in Hochfeld und Wanheim kostendeckend zu betreiben. Vielmehr schreiben wir derzeit im Bereich der Energieerzeugung Verluste in Millionenhöhe.“ Die derzeitige Energiepolitik in Deutschland fördere zu einseitig die erneuerbaren Energien, indem Strom aus Sonnen-, Wind- und Wasserkraft bevorzugt und zu festen Vergütungssätzen ins Netz eingespeist werde. Dies gehe zu Lasten der Betreiber von KWK-Kraftwerken, die ihren Strom nicht mehr gewinnbringend vermarkten können. Zudem fehle Stadtwerken dann das Geld, in weitere effiziente, klimaschonende Technologien zu investieren und ihren Beitrag zur Energiewende zu leisten. „Die Bundesregierung gefährdet so ihr eigenes Ziel, nämlich einen Anteil des KWK-Stroms am Energiemarkt von 25 Prozent bis 2020 zu erreichen“, machte der Stadtwerke-Chef deutlich.

Auch Duisburgs Oberbürgermeister Sören Link (SPD) richtete sich auf der Kundgebung mit einem Appell an die Bundesregierung: „Die Wirtschaftlichkeit von Stadtwerken und ihrer Kraftwerke ist essenziell für die nachhaltige Entwicklung einer Kommune. Dies gilt auch für die Stadtwerke Duisburg und für unsere Stadt. Als Strom- und Wärmeerzeuger brauchen sie eine Zukunft, damit sie ihren Beitrag für eine zuverlässige Energieversorgung leisten können. Nur so können sie auch die Daseinsvorsorge für die Bürger und gleichzeitig viele Arbeitsplätze vor Ort sichern.“

(al)

Stichwörter: Politik, Duisburg, Gewerkschaften, Marcus Wittig, Sören Link, Stadtwerke Duisburg, ver.di